

---

Werner Milert

---

## **Südafrika im Umbruch**

### Das erste Jahr der Regierung Mandela

---

Werner Milert, geb. 1952 in Duisburg, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und der Geschichte in Bochum, bis 1991 persönlicher Referent des DGB-Vorsitzenden, seit Mai 1991 Abteilungsleiter der Vereinigten Energiewerke AG Berlin im Bereich Sozialwesen.

Das Jahr 1994 wird als die große Zäsur in die südafrikanische Geschichte eingehen: Erstmals in der neueren Geschichte hat das Land eine aus allgemeinen und freien Wahlen hervorgegangene und von Schwarzafrikaner geführte Regierung erhalten. Die mehr als ein Jahrhundert dauernde Rassendiskriminierung durch eine weiße Minderheit und die jahrzehntelange staatlich verordnete Rassentrennung („Apartheid“) gehen zu Ende.

Die Wahlen im April 1994 brachten die politische Emanzipation der schwarzen Mehrheit, die sich deutlich sichtbar in der neuen Regierung der Nationalen Einheit unter Führung von Nelson Mandela und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) niederschlägt. Gemäß der Übergangsverfassung haben an der Zentralregierung alle Parteien teil, die bei den Wahlen mehr als 10 Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben. Neben dem Wahlsieger ANC sind dies die bisher regierende National Party (NP) unter Vizepräsident de Klerk und die sich auf die Volksgruppe der Zulus stützende Inkatha Freiheitspartei (IFP) unter Innenminister Mangosuthu Buthelezi vertreten.

Die Regierung Mandelas steht unter einem ungeheuren Druck. Die farbige Bevölkerung erwartet, daß sich die politische Emanzipation schnell in

sichtbaren wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen niederschlägt. Doch nach dem ersten Regierungsjahr steht fest: Wenn auch der Abschied von der Apartheid politisch vollzogen ist, so ist es bis zur wirklichen demokratischen und sozialen Umgestaltung noch ein langer Weg — zu sehr lastet das Erbe der Apartheid auf Südafrikas Gesellschaft.

### Das Erbe der Apartheid

Die Politik der Rassendiskriminierung hat eine wirtschaftliche und soziale Ungleichheit ungeheuren Ausmaßes geschaffen, die erst jetzt offen gelegt wird. Die Dimension der sozialen Probleme, vor denen die neue Regierung steht, wird anhand einiger Zahlen deutlich:

1. Das Durchschnittseinkommen der Weißen betrug 1991 das 12,3fache des Durchschnittseinkommen der Schwarzafrikaner. Unter den 41 Ländern, die im Weltbankbericht von 1992 aufgeführt sind, weist Südafrika die größten Einkommensungleichgewichte auf: Während die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung danach über 3,9 Prozent der Einkommen verfügten, besaßen die reichsten 10 Prozent 51,2 Prozent der Einkommen.
2. Mehr als 17 Millionen Südafrikaner, das heißt knapp die Hälfte aller Haushalte, mußten 1991 mit einem Einkommen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze auskommen. Eine tiefere Analyse offenbart die Deformationen der rassistischen Vergangenheit: Zwei Drittel der schwarzafrikanischen Haushalte leben danach in absoluter Armut; bei den Coloureds (farbige Mischlinge) waren dies 38 Prozent, bei den Bewohnern asiatischer Herkunft 18 Prozent und bei den Weißen ganze 7 Prozent.
3. Nach Regierungsangaben fehlen in Südafrika drei Millionen Wohnungen, Zehntausende von Arbeitern wohnen in Hostels (Arbeiterunterkünfte), manchmal zu 16 in einem Raum, und Hunderttausende Schwarzafrikaner hausen heute noch in Squatter Camps, den illegal errichteten Wellblechhüttensiedlungen in den schwarzen Townships am Rande der Großstädte, unter unbeschreibbaren Zuständen. Jährlich kommt aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ein neuer Bedarf an Wohnungen in Höhe von 200 000 Einheiten hinzu.
4. Auch auf anderen Gebieten der sozialen Infrastruktur sind die Zahlen erschreckend: Zwölf Millionen Menschen haben kein Zugang zu sauberem Wasser. 21 Millionen leben in Unterkünften ohne eigene Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen. Obwohl erhebliche Überkapazitäten bei der Stromerzeugung existieren, verfügen nur 36 Prozent der südafrikanischen Haushalte über einen Zugang zur Elektrizität, der auch in 19 000 der schwarzen Schulen und 4 000 Kliniken fehlt. Lediglich 19 Prozent der Südafrikaner haben über eine private Krankenversicherung Zugang zum privaten Gesundheitswesen; der Rest zahlt selbst oder ist auf staatliche Gesundheitseinrichtungen angewiesen, in denen im Durchschnitt 6 400 Patienten von einem Arzt betreut werden müssen.
5. Der Anteil der Analphabeten liegt bei über einem Drittel der Bevölkerung. Dies ist zum einen Produkt der Schulpolitik während der Apartheid,

die in jahrelangen Schulboykotten mündete und so Jugendliche ohne qualifizierten Schulabschluß ins Berufsleben eintreten ließ, zum anderen ist dies Folge der Anwerbungspolitik von Arbeitskräften insbesondere für den Bergbau aus den angrenzenden Ländern. In einigen Betrieben des Goldbergbaus, die einen hohen Anteil an zugewanderten Arbeitern aufweisen, beträgt der Anteil der Analphabeten an der Belegschaft bis zu 70 Prozent. 6. Ein Kardinalproblem ist die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit. Offizielle, nachprüfbare Zahlen liegen hier nicht vor. Nach Regierungsangaben gingen 1993 nur 7,7 Millionen, das sind 57 Prozent der auf 13,4 Millionen geschätzten Erwerbsbevölkerung, einer formellen Beschäftigung nach. Auf 2,5 bis 3 Millionen (19-22 Prozent) wird die Zahl derjenigen geschätzt, die im informellen Sektor, der „Überlebensökonomie der Armen“, mit Tagesjobs Einkommen erzielen. Damit werden rund ein Viertel, also zwischen 3 und 3,5 Millionen Erwerbspersonen, offiziell als arbeitslos eingeordnet. Schätzungen des gewerkschaftsnahen Forschungsinstituts NALEDI gehen dagegen davon aus, daß rund die Hälfte der Erwerbsbevölkerung keiner oder keiner geregelten Beschäftigung nachgeht.

Die Zahl der Arbeitsplätze im formellen Sektor ist seit Ende der achtziger Jahre zurückgegangen und stagniert heute in etwa auf dem Niveau von 1980. Dagegen wächst die Bevölkerung jährlich um rund 2,5 Prozent. Pro Jahr drängen damit ca. 400000 Personen neu auf den Arbeitsmarkt. Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von 4 Prozent können bei der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur bestenfalls die Hälfte der Neuzuwanderer mit einem Arbeitsplatz im formellen Sektor rechnen.

#### Das Regierungsprogramm

Die Leitlinien für die zukünftige Politik der Regierung der Nationalen Einheit sind im Aufbau- und Entwicklungsprogramm (Reconstruction and Development Programme - RDP) niedergelegt. In seinen Grundzügen war es vor der Wahl vom ANC und dem größten südafrikanischen Gewerkschaftsbund COSATU (Congress of South African Trade Unions) ausgearbeitet worden. Nach der Regierungsbildung ist es auch wegen seines pragmatischen Ansatzes zum allgemein anerkannten Regierungsprogramm geworden. Es beschreibt die Schwerpunkte für den wirtschaftlichen und sozialen Umbau Südafrikas.

Seit Jahren steckt Südafrikas Wirtschaft in einer Stagnationskrise, so daß dem schnell wachsenden Arbeitsmarkt kaum neue Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Die Wirtschaftsprobleme sind eine weitere Erbschaft der Apartheidzeit. Die politische Selbstisolierung hat die Entwicklungschancen des Landes erheblich begrenzt. Handelssanktionen und Disinvestmentpolitik haben zu einer politisch erzwungenen Abschottung und Binnenorientierung geführt. So ist die südafrikanische Wirtschaft - trotz ihrer in Teilen hochmodernen Industrie - international nur begrenzt wettbewerbs-

fähig. Hinzu kommt, daß die Wirtschaftsstruktur des ressourcenreichen Landes in zweifacher Hinsicht von der Dominanz der Grundstoffindustrie geprägt ist: Zum einen ist der Bergbau immer noch der mit Abstand größte Industriezweig. Doch die Rohstoffe werden zum größten Teil exportiert, eine weiterverarbeitende Industrie hat sich kaum entwickelt, so daß eine hohe Abhängigkeit der südafrikanischen Ökonomie von den internationalen Rohstoffpreisen besteht. Zum anderen wird Südafrikas Wirtschaft von sechs Mischkonzernen beherrscht, die im Bergbau ihren Ursprung hatten und dem Wirtschaftsleben ihren Stempel aufgedrückt haben.

Ziel des Entwicklungs- und Aufbauprogramms ist es, über Beschäftigungsprogramme in Form von sozialer Investitionen die Wirtschaft zu redynamisieren. In den nächsten fünf Jahren will die Regierung u. a.

- eine Million neue Häuser bauen,
- eine Million Familien mit fließendem Wasser und sanitären Einrichtungen versorgen und
- zweieinhalb Millionen Häuser ans Stromnetz anschließen.

Die Regierung geht davon aus, daß durch diese Impulse ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von fünf Prozent realisiert werden kann und jährlich 300 000 bis 500 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Als weiteres Reformprojekt plant sie, ein Drittel des von den Weißen gehaltenen Bodens durch Ankauf von Land an schwarze Kleinbauern umzuverteilen. Dies würde für ca. eine Million Menschen eine neue Lebensgrundlage schaffen. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen nicht über Steuererhöhungen, sondern durch Ausgabenumschichtungen im Finanzhaushalt. Darüber hinaus setzt die Regierung bei einzelnen Komponenten des Reformprogramms auf die aktive Partnerschaft der Wirtschaft, z. B. bei der Elektrifizierung der Haushalte durch den staatlichen Stromgiganten ESKOM oder bei der Finanzierung des Wohnungsbauprogramms durch die Privatwirtschaft.

Doch die im RDP angesteuerten Reformen benötigen Zeit bis zur Verwirklichung. Die Regierung hat sich ausdrücklich verpflichtet, die Struktur-reformen gründlich zu planen. Der Anspruch, die Reformprojekte mit allen Betroffenen ausführlich abzustimmen, führte zusammen mit der mangelnden Erfahrung der neuen Führung und der zum Teil nur begrenzten Kooperationsbereitschaft der alten Verwaltungen dazu, daß im ersten Jahr für den „einfachen Mann“ nur wenig an Veränderungen erkennbar war. Die hochgeschraubten Erwartungen der Mehrheit der Schwarzafrikaner wurden bislang nicht erfüllt. Die vielen Protestaktionen und wilden Streiks, die meist von kleineren Gruppen getragen wurden und vor allem in gering oder unorganisierten Bereichen stattfanden, sind ein sichtbares Zeichen dafür, daß Unzufriedenheit und Enttäuschung wachsen. Dabei ging es jedoch nicht nur um materielle Fragen, sondern auch um die bittere Erfahrung, daß mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Parlament nicht automatisch Diskriminierung und Ungleichheit am Arbeitsplatz gestoppt ist.

### Diskriminierungen im Betriebsalltag

Gerade im Betriebsalltag ist eine grundlegende Änderung notwendig, wenn sich Südafrikas Wirtschaft ein modernes Gepräge erhalten soll, denn die Deformationen der Apartheid sind noch allgegenwärtig: Bis Ende der siebziger Jahre - im Bergbau bis 1988 - galt in Südafrika das System der gesetzlichen Arbeitsplatzreservation für Weiße. Vorgesetztenfunktionen waren in allen Bereichen ausschließlich den Weißen vorbehalten. Die Folgen der Aufhebung der Gesetze blieben in der Praxis jedoch gering; noch heute sind - mit Ausnahme der Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen - nur wenige Schwarze in Führungspositionen vom Vorarbeiter aufwärts zu finden. Für viele Schwarze ist klar: Die früheren Herren dominieren noch immer Verwaltung und Wirtschaft.

Die schwarzen Gewerkschaften haben die Überwindung dieser Diskriminierung unter dem Schlagwort „Affirmative Action“ zu einem Hauptaktionspunkt gemacht. So fordert die Bergbaugewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) einen vierjährigen Beförderungsstopp für Weiße. „Fair discrimination“ soll die Diskriminierung der Mehrheit durch die weiße Minderheit in der Vergangenheit korrigieren. Doch der Vorrang der innerbetrieblichen Förderung für Schwarze ist nicht so leicht zu realisieren. Hier macht sich zum einen das Bildungssystem der Apartheid nachteilig bemerkbar. Nur wenige Schwarze haben einen beruflichen Fachabschluß. Es dominiert in ihren Reihen der Angelernte oder Hilfsarbeiter. Beim staatlichen Stromunternehmen ESKOM sind z. B. ein Viertel der 40000 Beschäftigten Hilfskräfte, keiner von ihnen ist weiß. 10400 Beschäftigte sind Analphabeten. Deshalb muß durch Grundausbildung und berufliche Qualifizierung zunächst der Boden für sozialen Aufstieg geschaffen werden. Im Zentrum der Affirmative Action steht bei den Gewerkschaften daher die Bildungsarbeit. Zwischenzeitlich haben Gewerkschaften und Arbeitgeber zahlreiche (betriebliche) Tarifverträge abgeschlossen, die den schwarzen Beschäftigten die Möglichkeit geben, kostenlos „die Schulbank zu drücken“. Während oder nach der Arbeitszeit bieten die Unternehmen Kurse an, in denen der Schulabschluß nachgeholt werden kann. Zum anderen fehlen den Arbeitnehmern und Gewerkschaften bislang Möglichkeiten, die Betriebsbeziehungen effektiv mitzugestalten. Nur in wenigen Unternehmen sind, wie bei ESKOM, Volkswagen oder Mercedes, Tarifverträge abgeschlossen worden, die Mitwirkungsrechte für die Arbeitnehmer regeln. Es gibt für die Arbeitnehmervertretungen daher kaum institutionelle Möglichkeiten, auf die Qualifizierungs- und Beförderungspolitik der Unternehmen einzuwirken.

### Die neue Arbeitsrechtsgesetzgebung

Vor diesem Hintergrund hat der neue Arbeitsminister Tito Mboweni vor, das bestehende Arbeitsrecht grundlegend zu verändern. Das neue Arbeitsrecht soll das bisher geltende komplizierte Recht aus der Apartheidzeit, das die Schwarzen systematisch im Arbeitsleben ausgegrenzt hat, durch ein ein

heitliches Gesetz ersetzen, das für alle Arbeitnehmer gilt. Bisher galten für einzelne Wirtschaftsbereiche unterschiedliche Rechtsbestimmungen, und große Teile der Arbeitnehmerschaft - wie die Landarbeiter oder die Hausangestellten - waren ganz vom Arbeitsrecht ausgenommen. Im Bereich des kollektiven Arbeitsrecht sollen vor allem die bisherigen antagonistischen Arbeitsbeziehungen, die nicht zuletzt aufgrund der Rassendiskriminierung entstanden waren, überwunden werden. Das Individualarbeitsrecht soll stärkere Schutzrechte für Arbeitnehmer erhalten, wie z. B. den 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche.

Im Februar 1995 legte Mboweni den Entwurf für ein neues kollektives Arbeitsrecht („Labour Relations Act“ - LRA) vor, den eine Kommission von Arbeitsrechtsexperten, die den jeweiligen Tarifparteien nahestanden, in nur fünfmonatiger Arbeit erstellt hatte. Der Gesetzesentwurf sieht die Absicherung der grundlegenden Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte vor, die in modernen Industriestaaten unbestritten sind. Die zentralen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation sollen nun auch in Südafrika gelten, z. B. das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, oder das Recht, Tarifverträge abzuschließen. Das Gesetz würde Arbeitnehmern erstmals auch einen einheitlichen Kündigungsschutz bieten: Niemand soll wegen seiner Rasse, seines Geschlechts oder seines Alters gekündigt werden können, und auch die Beteiligung an einem Streik soll in Zukunft kein Kündigungsgrund mehr sein.

Klar erkennbare Ziele der Gesetzesinitiative sind Konfliktvermeidung und verbessertes Konfliktmanagement, um die im internationalen Vergleich recht hohe Streikhäufigkeit zu senken. Zur Vermeidung von Arbeitskämpfen will die Regierung eine unabhängige Vermittlungs- und Schlichtungskommission mit sehr weitreichenden Kompetenzen einsetzen. Neu im südafrikanischen Arbeitsrecht ist der Gedanke der Mitbestimmung, der erstmals zu Geltung kommt. Der Entwurf sieht die Einrichtung von „Workplace Forums“ in Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten vor, die mit der deutschen Betriebsverfassung vergleichbare Informations-, Anhörungs- und Mitbestimmungsrechte erhalten sollen.

Noch ist unklar, ob sich die Tarifparteien, denen der Gesetzesentwurf zur Stellungnahme übermittelt wurde, auf eine gemeinsame Position im National Economic Development and Labour Council (NEDLAC) einigen können. Dieses tripartistische Gremium wurde Ende 1994 per Gesetz als Beratungs- und Verhandlungsinstanz geschaffen, um die Tarifparteien bei wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen im politischen Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen. Es stellt damit einen korporatistischen Baustein in der neuen Wirtschafts- und Sozialverfassung Südafrikas dar.

Einer Einigung zum LRA stehen insbesondere die kontroversen Auffassungen in der Mitbestimmungsfrage entgegen. Hier verlaufen die Linien der Zustimmung und Ablehnung quer durch die Lager der Tarifparteien.

Während konservative Arbeitgeber in den Workplace Forums das Ende des unternehmerischen Entscheidungsrechtes sehen, begrüßen die Reformkräfte den sozialpartnerschaftlichen Ansatz. Aber auch bei den südafrikanischen Gewerkschaften ist die betriebliche Mitbestimmung höchst umstritten. Der größte Gewerkschaftsbund COSATU hat sich inzwischen mit der Mehrheit seiner Mitgliedsgewerkschaften gegen die Workplace Forums ausgesprochen. Viele Gewerkschafter befürchten, daß ein neues betriebliches Interessenvertretungsinstrument die noch nicht konsolidierten Strukturen der noch jungen schwarzen und nicht rassistischen Gewerkschaften gefährden könnten.

#### Die Gewerkschaften

Die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung ist in ihrem organisatorischen Aufbau stark an die britische orientiert. Betriebsgewerkschaftsvertretungen (Shop Stewards) sind die Basis und die eigentliche Säule der Gewerkschaften. Selbst dort, wo sie von den Unternehmensleitungen als Vertretung der organisierten Beschäftigten durch betriebliche Tarifverträge anerkannt sind, ist ihr Einfluß auf die Unternehmenspolitik gering und beschränkt sich meist nur auf Informationsrechte. Alle sozialen Fortschritte müssen deshalb mühsam durch Tarifverträge erstritten werden. Da selbst in den Großbetrieben die Shop Stewards nur selten freigestellt sind, liegt das Schwergewicht ihrer Arbeit in der Freizeit.

Die Verweigerung von Handlungsspielräumen in den Betrieben durch die Arbeitgeber drängt die Shop Stewards um so mehr in eine aktive, fordernde Rolle in die Gewerkschaftspolitik, da nur die Tarifpolitik eine Veränderungsperspektive bietet. Die Ablehnung der vom Gesetzgeber vorgeschlagenen Workplace Forums durch den COSATU ist vor diesen Hintergrund zu sehen. Sie ist aber sicher auch auf den Bedeutungszuwachs zurückzuführen, den die Shop Stewards in dem letzten Jahr gerade innerhalb der Mitgliedsgewerkschaften COSATUs erzielt haben. Für den Dachverband COSATU und seine Mitgliedsgewerkschaften war das Jahr 1994 organisationspolitisch nämlich alles andere als einfach. Seine formelle Allianz mit dem ANC und seine aktive Unterstützung der Regierung der Nationalen Einheit führte zur Abwanderung fast der gesamten Führungselite in die Parlamente und Regierungen von Provinzen und Republik. So verlor z. B. die Metallgewerkschaft National Union of Metalworkers (NUMSA) in einigen Regionen bis zu 40 Prozent ihrer Funktionäre. In ihrem neuen Tätigkeitsfeld waren sie meist so sehr von den Aufgaben gefördert, daß sie für die Gewerkschaftsorganisation verloren waren. Die Lücken, die sie hinterließen, sind unübersehbar, und es wird eine lange Zeit dauern, bis sie durch planmäßige Nachwuchsförderung geschlossen sind.

1994 waren 3,2 Millionen Arbeitnehmer in Südafrika gewerkschaftlich organisiert. Dies sind, obwohl die Zahl gegenüber dem Vorjahr, insbesondere bedingt durch Arbeitsplatzverluste, leicht zurückgegangen ist, knapp 50 Prozent der im formellen Arbeitsmarkt Beschäftigten. Die gewerkschaftliche

Landschaft Südafrikas ist jedoch sehr heterogen. Insgesamt existieren mehr als 200 registrierte Gewerkschaften, und nach Angaben des Arbeitsministeriums ist die Zahl der nicht registrierten Gewerkschaften, die 1993 bei ungefähr 50 lag, weiter gewachsen.

Der größte Dachverband COSATU konnte seine Mitgliedschaft um mehr als 100000 erhöhen und umfaßt nunmehr 1,31 Millionen Mitglieder, die in 15 Gewerkschaften organisiert sind. Der Zuwachs beruht vor allem auf der Fusion kleinerer Verbände mit den Mitgliedsgewerkschaften von COSATU sowie die Einrechnung von Mitgliedern aus den ehemaligen „Homelands“, die vorher offiziell nicht Mitglied einer südafrikanischen Gewerkschaft werden konnten. Im Zuwachs drückt sich aber auch die Akzeptanz der Politik des Gewerkschaftsdachverbandes nieder. Die Bergbaugewerkschaft NUM ist mit 310 000 Mitgliedern nun mit Abstand die größte Organisation des Landes vor der auf 169 000 Mitgliedern zurückgefallenen NUMSA.

Neben COSATU existieren noch fünf weitere gewerkschaftliche Dachverbände, von denen jedoch nur noch die Dachverbände NACTU (National Council of Trade Unions) mit 316 000 Mitgliedern in 18 Gewerkschaften und FEDSAL (Federation of South African Labour Unions), ein überwiegend weißer Angestelltenverband mit 270000 Mitgliedern in 16 Mitgliedsorganisationen, politisch von Bedeutung sind. Eine besondere Rolle spielt zudem noch die ca. 51000 Mitglieder umfassende Mynwerkersunie (MWU). Ursprünglich nur im Bergbau agierend, hat sich diese Organisation, die ausschließlich weiße Arbeitnehmer organisiert, nun auch auf andere Wirtschaftssektoren ausgeweitet. Sie bekommt Zulauf, weil sie die Angst der Weißen vor dem drohenden Verlust ihrer betrieblichen Vorrangstellung durch „Affirmative Action“ aufgreift, und gibt sich teils rechtsradikal aggressiv, teils interessenorientiert mit anderen Gewerkschaften in konkreten Konflikten zusammenarbeitend.

Im Gegensatz zu der veröffentlichten Meinung, in der über große „Streikwellen“ berichtet wurde, hat es 1994 nur eine geringfügige Steigerung der durch Streik verlorenen Arbeitstage von 3,6 Millionen Tage in 1993 auf 3,9 Millionen Tage gegeben. Es gab nur zwei große Streiks, in der Automobilindustrie und im Einzelhandel. Dagegen dominierten kleinere Streiks mit wenigen Teilnehmern sowie viele wilde und gewalttätige Arbeitskämpfe, insbesondere im Bergbau und im Öffentlichen Dienst. Daß das Schwergewicht der Auseinandersetzungen in diesen Branchen lag, deutet auf die besondere Situation dieser Bereiche. Der Öffentliche Dienst befindet sich aufgrund des politischen Neuanfangs in einer Phase der völligen Neuorganisation, der Bergbau, insbesondere der Goldbergbau, steckt aufgrund der internationalen Entwicklung (sinkender Gold- und Dollarpreis) in einer Strukturkrise. Die hohe Zahl spontaner Auseinandersetzungen zeigt aber auch, daß angesichts des Aderlasses an Funktionären das Verhältnis zwischen Basis und Gewerkschaftsführung in einer Bewährungskrise steckt.

Das Ergebnis der Tarifpolitik ist - gemessen an den hohen Erwartungen im Jahr der Befreiung - dagegen mager: Durchschnittlich lagen die Abschlüsse bei 10 Prozent, also nur knapp über der Inflationsrate. Auch hier ist also eine materielle Besserstellung der Schwarzen nicht erfolgt. Dennoch präsentiert sich Südafrika auch ein Jahr nach der politischen Wende weiterhin in einer Aufbruchstimmung. Wichtige Reformprojekte sind auf den Weg gebracht. Das Vertrauen in die Regierung Mandelas ist weiter ungebrochen.